

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – April 2026

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Parlament verlangt 10%ige Erhöhung des mittelfristigen EU-Haushalts	1
EU-Parlament und Europarat für eine auf Einverständnis basierende Definition von Vergewaltigung.....	1
Europarat: Berichterstatter ruft EU dazu auf, von der Internierung von Kindern abzusehen.....	2
EU-Kommission: europäische App für den Altersnachweis, Sonderausschuss zur Online-Sicherheit	2
Onlinegipfel zur Altersbegrenzung bei sozialen Medien.....	2
EuGH: Bayerisches Familiengeld hat gegen EU-Recht verstoßen	3
<i>Kurznachrichten: Fortschrittsberichte zur Europäischen Garantie für Kinder, Meta verstößt gegen DSA.....</i>	<i>3</i>
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Ungarn: Der EuGH hat entschieden, dass das Anti-LGBT-Gesetz gegen Grundwerte der EU verstößt	3
Schweizer Regierung baut Wissensvermittlung für Kinderrechte auf	3
Griechenland: Regierung will die Anonymität in sozialen Medien verbieten	3
Weitere Nachrichten	4
Koalition für die Strategie zur Armutsbekämpfung fordert Kommission zu entschlossener Haltung auf.....	4
247 Organisationen verurteilen Ende des Aufspürens von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet.....	4
COFACE: Über Altersbeschränkungen in sozialen Medien als einzige Lösung hinausgehen.....	4
OECD: aktuelle Trends bei der Altersbegrenzung für soziale Medien	5
EU-Kommission: 7 von 9 Kindersitzen scheitern im Crashtest.....	5
EU-Kommission, WHO und UNICEF: Höchststand bei Keuchhusten und Masern in Europa.....	5
OECD: Mit 23,1 % ist die stärkste Senkung der Entwicklungshilfe in ihrer Geschichte erfolgt	5
<i>Kurznachricht: bezahlbarer Wohnraum.....</i>	<i>6</i>
Berichte und Studien	6
EU-Kommission, DG EMPL: soziale Konvergenz in neun EU-Ländern.....	6
UNICEF: Aufwachsen mit Kinderrechten.....	6
UNICEF: von Jugendlichen erarbeitete Roadmap zur Realisierung des Kindeswohls im digitalen Umfeld	6
King's College: Welche Erkenntnisse gibt es zur Social-Media-Sucht?.....	7
Weltwirtschaftsforum: ein Leitfaden für effektive digitale Sicherheitsmaßnahmen.....	7
ESPAN: vergleichender Überblick über die Situation der Langzeitpflege für ältere Menschen in Europa	7
UN, EU: Akute Hungerkrisen haben zugenommen, 35,5 Millionen Kinder unterernährt.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8


Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Parlament verlangt 10%ige Erhöhung des mittelfristigen EU-Haushalts

Das Europäische Parlament hat seine Position zum mittelfristigen Finanzrahmen der Europäischen Union für 2028-2034 beschlossen und verlangt darin, das EU-Budget um 10 % zu erhöhen. Das entspräche der gleichen Erhöhung um 0,13 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU, wie sie in dem gegenwärtigen mittelfristigen Finanzrahmen (2021-2027) verankert wurde. Das EU-Budget würde damit auf 1,27 % des BIP steigen. Hinzu sollen 0,1 % des BIP für die Rückzahlung von Anleihen kommen, die während der COVID-19-Pandemie aufgenommen wurden (NextGenerationEU). Das Parlament spricht sich deutlich gegen die von der EU-Kommission vorgesehene Renationalisierung des Budgets sowie für eine transparente Sicherstellung der Förderung von Kohäsion und Landwirtschaft aus. So soll der Europäische Sozialfonds Plus um 124 Milliarden Euro erhöht werden.

Sobald auch der Rat der Europäischen Union sich auf eine Position verständigt hat, können Verhandlungen zwischen den Institutionen beginnen. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs wird sich auf seinem nächsten Gipfel am 18. und 19. Juni 2026 damit beschäftigen. Am Ende sind ein einstimmiger Beschluss des Rates sowie eine absolute Mehrheit im Parlament erforderlich.


Im Vorfeld des Parlamentsbeschlusses hatten 15 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter COFACE, Eurochild und Plan International, sich für ein kinderzentriertes EU-Budget ausgesprochen. Die EU solle bei allen EU-Fördermitteln einen auf Kinder ausgerichteten Investitionsansatz verfolgen, ausreichende Mittel für soziale Ziele bereitstellen und in die Beseitigung von Kinder- und Familienarmut sowie in die Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder investieren.

- [EU-Parlament: EU-Haushalt 2028-2034 – auf Erwartungen der Bürger und Herausforderungen reagieren](#)
- [Call for a child-centred EU budget: Joint reaction to the Multiannual Financial Framework Proposal](#) 

EU-Parlament und Europarat für eine auf Einverständnis basierende Definition von Vergewaltigung

Das Europäische Parlament hat einen Bericht verabschiedet und mit ihm die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Gesetze an internationale Standards anzupassen, darunter die Istanbul-Konvention, die eine auf Einwilligung basierende Definition von Vergewaltigung vorsieht. Das Parlament erklärt, dass Schweigen, fehlender Widerstand, das Ausbleiben eines „Nein“, eine frühere Einwilligung, vergangenes sexuelles Verhalten oder eine aktuelle oder frühere Beziehung nicht als Einverständnis ausgelegt werden dürfen. Das Parlament fordert zudem die EU-Kommission auf, Rechtsvorschriften vorzuschlagen, die eine EU-weite Definition von Vergewaltigung auf der Grundlage einer frei erteilten, informierten und widerrufbaren Einwilligung festlegen. Vor zwei Jahren war es dem EU-Parlament nicht gelungen, gegenüber dem EU-Rat eine solche Definition in der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt durchzusetzen (s. [AGF-EuropaNews 2/24](#)).

In gleicher Weise betonte die Parlamentarische Versammlung des Europarates – in der zum ersten Mal in ihrer 77-jährigen Geschichte genauso viele Frauen wie Männer vertreten sind – die Notwendigkeit, die freie und informierte Einwilligung in die nationalen Rechtsvorschriften zur Prävention und Bekämpfung sexueller Gewalt aufzunehmen.

- [EU-Parlament: Vergewaltigung muss als Fehlen von Einverständnis definiert werden](#)
- [Europarat: PACE calls for consent to be included in national legislation](#) 

Europarat: Berichterstatter ruft EU dazu auf, von der Internierung von Kindern abzusehen

Lord Michael German, Generalberichterstatter für Asyl und Migration der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, hat Alarm geschlagen angesichts des Ende März vom Europäischen Parlament verabschiedeten Standpunkts, der die Inhaftierung von Migrantenkindern zulassen würde (s. [AGF-EuropaNews 3/26](#)). „Die Inhaftierung von Kindern ist niemals in ihrem besten Interesse. Selbst kurze Haftzeiten können Kinder Gefahren aussetzen“, sagte er. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates habe klargestellt, dass die Inhaftierung von Migrant:innen niemals auf Kinder angewendet werden sollte, weder auf alleinreisende noch auf Kinder, die mit ihren Familien unterwegs sind. Lord German warnte, dass der jüngste Standpunkt des Europäischen Parlaments zur vorgeschlagenen EU-Rückführungsverordnung möglicherweise nicht die Schutzvorkehrungen widerspiegele, die gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention erforderlich seien.

- [Europarat: PACE General Rapporteur urges EU to abandon proposal to detain migrant children](#) 

EU-Kommission: europäische App für den Altersnachweis, Sonderausschuss zur Online-Sicherheit

Am 15. April 2026 hat die EU-Kommission eine App für den Altersnachweis vorgestellt, die einsatzbereit sein soll und mit der Kinder online geschützt werden sollen. Die App für die Altersüberprüfung lässt sich mit einem Reisepass oder Personalausweis einrichten, sodass Nutzer:innen ihr Alter beim Zugriff auf Online-Dienste nachweisen können. Die App soll anonym sein, auf jedem Gerät funktionieren und ist vollständig Open Source, wodurch sie auch Partnerländer weltweit nutzen können. Sie wird den EU-Mitgliedstaaten und Unternehmen zur Verfügung gestellt. Am 29. April verabschiedete die Europäische Kommission eine Empfehlung, in der sie die EU-Mitgliedstaaten auffordert, die EU-App bis Ende dieses Jahres zur Verfügung zu stellen. Einige EU-Länder planen bereits, die App in ihre nationalen Briefaschen für die digitale Identität (EU ID wallet) zu integrieren.

Die App wurde auch auf der zweiten Sitzung des Sonderausschusses vorgestellt, der Präsidentin von der Leyen zur Online-Sicherheit von Kindern berät (s. [AGF-EuropaNews 3/26](#)). Im Mittelpunkt der Diskussionen standen neue und verbesserte Ansätze auf EU-Ebene sowie nichtlegislative Initiativen, mit denen erreicht werden soll, dass Kinder im Internet sicherer sind.

- [EU-Kommission: Mehr Sicherheit für Kinder im Netz – europäische App für den Altersnachweis](#)
- [EU-Kommission: Zweite Sitzung des Sonderausschusses zur Online-Sicherheit von Kindern](#)

Onlinegipfel zur Altersbegrenzung bei sozialen Medien

Am 16. April 2026 fand auf Einladung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron eine Videokonferenz statt, um ein europaweit einheitliches Vorgehen bei Social-Media-Verboten für Minderjährige zu besprechen. Neben EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nahmen mehrere Staats- und Regierungschefs sowie Digitalminister:innen aus EU-Mitgliedstaaten teil. Frankreich bereitet ein Verbot von sozialen Medien für Kinder unter 15 Jahren ab September vor. Für die Altersüberprüfung hat das Innenministerium eine App entwickelt. Zwischen dem Senat und der Nationalversammlung ist derzeit kontrovers, für welche soziale Medien die Altersgrenze gelten soll. Das virtuelle Treffen hat ein starkes politisches Bekenntnis der teilnehmenden Staaten ergeben, rasch zu einer gemeinsamen europäischen Lösung zu gelangen. Einigkeit herrschte darüber, dass es eine einheitliche EU-weite technische Lösung zur Altersüberprüfung geben soll. Die Europäische Kommission hat zugesagt, bis zum Sommer konkretere Schritte vorzuschlagen, insbesondere zu einem EU-weiten Mindestalter, zum Anwendungsbereich (welche sozialen Medien einbezogen werden) sowie zu einer möglichen Ausweitung auf weitere digitale Angebote wie Chatbots, Glücksspiel und Pornografie.

EuGH: Bayerisches Familiengeld hat gegen EU-Recht verstoßen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass die frühere Indexierung des bayerischen Familiengeldes nach dem Wohnsitzstaat der Kinder gegen Unionsrecht verstößt. Bayern kürzte das Familiengeld für Kinder im EU-Ausland. Dieser Praxis hat der EuGH nun eine klare Grenze gezogen: Wer in Deutschland arbeitet und Abgaben zahlt, darf beim Familiengeld nicht schlechter gestellt werden, nur weil das Kind im Ausland lebt. Damit gab der EuGH einer Vertragsverletzungsklage der Europäischen Kommission gegen Deutschland statt (s. [AGF-EuropaNews 7/24](#)).

- [EuGH: Urteil in der Rechtssache C-642/24 | Kommission / Deutschland \(Bayerisches Familiengeld\)](#) 

Kurznachrichten: Fortschrittsberichte zur Europäischen Garantie für Kinder, Meta verstößt gegen DSA

- Zur Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder sollten die Mitgliedstaaten bis Mitte März ihre zweiten Zwei-Jahres-Berichte einreichen. Bisher sind [16 Berichte von der EU-Kommission veröffentlicht worden](#). Deutschland befindet sich nicht darunter.
- Die EU-Kommission hat vorläufig festgestellt, dass [Meta gegen das Gesetz über digitale Dienste \(DSA\) verstößt](#), weil es Minderjährige unter 13 Jahren nicht daran hindert, Instagram und Facebook zu nutzen.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Ungarn: Der EuGH hat entschieden, dass das Anti-LGBT-Gesetz gegen Grundwerte der EU verstößt

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass das ungarische Anti-LGBT-Gesetz von 2021 gegen Artikel 2 des EU-Vertrags verstößt. Das Urteil ist das erste seiner Art in der Geschichte der EU. Artikel 2 besagt, dass alle Mitgliedstaaten Grundsätze wie Menschenwürde, Gleichheit, Demokratie und Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Minderheiten, achten müssen. Das oberste Gericht der EU erklärte nun, das ungarische Gesetz richte sich unter dem Deckmantel des Kinderschutzes gegen LGBT-Personen. Es befand, dass die Vorschriften in ungerechtfertigter Weise beschränkten, was Menschen – insbesondere Minderjährige – sehen und teilen dürfen, und dass sie Menschen aufgrund ihrer Identität diskriminierten. Das Urteil wurde verschoben, um eine Einflussnahme auf die Wahlen in Ungarn zu vermeiden. Ungarn kann gegen das Urteil Berufung einlegen.

Schweizer Regierung baut Wissensvermittlung für Kinderrechte auf

Der Bundesrat – die Bundesregierung der Schweiz – will zur Stärkung der Kinderrechte eine nationale Institution vorsehen, die Wissen vermittelt, die Akteure vernetzen und Behörden beraten soll. Diese Aufgabe soll einer geeigneten Organisation übertragen werden. Weitergehende Vorschläge zur Einrichtung einer nationalen Ombudsstelle werden unter Hinweis auf die angespannte Finanzlage und die Zuständigkeit der Kantone nicht verwirklicht.

Griechenland: Regierung will die Anonymität in sozialen Medien verbieten

Laut der griechischen Regierung verberge sich die Toxizität vieler Beiträge in den sozialen Medien hinter der Anonymität. Selbst in mehreren strafrechtlich relevanten Fällen sei es nicht gelungen, die Identität der Urheber festzustellen. Daher sollen die Betreiber sozialer Medien dazu verpflichtet werden, streng zu verifizieren, welche

Person hinter einem Account oder einem Pseudonym steht. Es sei auch nicht ausgeschlossen, dies auf weitere Bereiche des Internets auszudehnen. Kritisiert wurde, dass das Vorhaben nicht mit der Meinungsfreiheit im Einklang stünde.

Weitere Nachrichten

Koalition für die Strategie zur Armutsbekämpfung fordert Kommission zu entschlossener Haltung auf

Im Mai 2026 will die Europäische Kommission die erste EU-Strategie zur Armutsbekämpfung vorlegen (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 2/26](#)). 15 Mitglieder der Koalition für die EU-Strategie zur Armutsbekämpfung bemängeln jedoch das Versäumnis der EU, Armut nicht in den jüngst verabschiedeten Rahmenwerken berücksichtigt zu haben, und fordern die Kommission nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass die Strategie zur Armutsbekämpfung ehrgeizig, menschenrechtsbasiert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sein wird. Die detaillierte Erklärung wird unter anderem von AGE, Caritas, COFACE, Eurochild und Save the Children unterstützt.

- [Joint statement by the Coalition on the EU Anti-Poverty Strategy](#) 

247 Organisationen verurteilen Ende des Aufspürens von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet

Seit dem 3. April 2026 haben Online-Diensteanbieter in der EU keine unmittelbare Rechtsgrundlage mehr dafür, Inhalte über sexuellen Kindesmissbrauch auf ihren Plattformen aufzuspüren und zu entfernen (s. [AGF-EuropaNews 3/26](#)). Eine Koalition aus 247 Organisationen, die sich für die Förderung der Kinderrechte und die Bekämpfung sexuellen Missbrauchs einsetzen, verurteilt aufs Schärfste das Versäumnis der EU-Politik, die Rechtsgrundlage zu verlängern, die diese Aufspürungsmaßnahmen ermöglichte. Dieses Versäumnis schaffe eine zutiefst besorgniserregende und unverantwortliche Lücke im Kinderschutz. Zu den Unterzeichnern gehören Child Helpline, COFACE, ECPAT, Eurochild, INHOPE, Save the Children, die Stiftung Digitale Chancen, Terre des Hommes und der Weiße Ring. Es gibt allerdings Hinweise darauf, dass das Aufspüren in der Praxis fortgesetzt wird, zumal eine neue und dauerhafte Rechtsgrundlage demnächst beschlossen werden soll.

- [Joint Statement: Europe is switching its detection of child sexual abuse online off](#)  

COFACE: Über Altersbeschränkungen in sozialen Medien als einzige Lösung hinausgehen

Das Positionspapier soll einen Beitrag zur aktuellen Diskussion über die Einführung und Durchsetzung von Altersbeschränkungen für Kinder und Jugendliche beim Zugang zu sozialen Medien leisten, um sie besser vor Online-Risiken zu schützen. Das COFACE-Netzwerk fordert einen ganzheitlichen, evidenzbasierten, rechtsbasierten und inklusiven Ansatz für die digitale Sicherheit und das Wohlergehen von Kindern und ihren Familien. Kinderschutz solle innerhalb der digitalen Umgebung organisiert werden, nicht im Widerspruch dazu. Dieser Schutz gehe Hand in Hand mit der Verantwortung von Technologieunternehmen, sicherzustellen, dass ihre Produkte und Dienstleistungen sicher sind. Wenn sie die Regeln und die Rechte von Kindern nicht respektieren, sollten sie vom Markt ausgeschlossen werden. Die in dem Positionspapier aufgeführten Empfehlungen richten sich in erster Linie an Technologieunternehmen, europäische Institutionen und nationale Regierungen.

- [COFACE Families Europe: Towards digital safety and well-being for children and their families](#) 

OECD: aktuelle Trends bei der Altersbegrenzung für soziale Medien

In mittlerweile 25 OECD-Mitgliedstaaten und Beitrittskandidatenländern werden Altersbeschränkungen für soziale Medien aktiv geprüft, wurden bereits verabschiedet oder gelten bereits – im Jahr 2023 war es nur ein Land. Der Artikel beleuchtet anhand der neuesten Daten, wie schnell sich diese legislative Entwicklung vollzieht und in welche Richtung sie geht.

- [OECD: Social media age restrictions for children – why they are rising and what comes next](#) 

EU-Kommission: 7 von 9 Kindersitzen scheitern im Crashtest

Die Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Europäischen Kommission hat insgesamt 12 Kinderrückhaltesysteme (neun Sitze und Basisplatten für drei davon) getestet. Sie waren von den nationalen Marktüberwachungsbehörden in acht Ländern – Lettland, Estland, Polen, Kroatien, Malta, Irland, Finnland und den Niederlanden – nach dem Zufallsprinzip ausgewählt worden. Sie stammten von sieben Marken. Sieben von neun Kindersitzen erfüllten nicht die Anforderungen der dynamischen Prüfungen (Unfalltests) gemäß der UN-Regelung Nr. 129, der neuesten Sicherheitsvorschrift für Kindersitze. Sechs Produkte bestanden nicht die Prüfungen hinsichtlich Merkmalen wie Kennzeichnungen und Gebrauchsanweisungen. Auf der Grundlage der Testergebnisse stuften die Behörden sechs der Produkte als ernsthaftes Risiko, eines als hohes Risiko und zwei als mittleres Risiko ein. Zwei Produkte wurden vom Markt zurückgerufen. Derzeit laufen Bewertungen, um geeignete Maßnahmen für neun Modelle zu bestimmen.

- [EU-Kommission: EU testing of child car seats reveals multiple failures](#) 

EU-Kommission, WHO und UNICEF: Höchststand bei Keuchhusten und Masern in Europa

Die Europäische Kommission hat im Rahmen der Europäischen Impfwoche 2026 darauf hingewiesen, dass 2024 in der Europäischen Region der WHO mit 298.000 Fällen von Keuchhusten ein bisheriger Negativrekord aufgestellt und für Masern mit über 127.000 Fällen die höchste Zahl seit 27 Jahren erfasst wurde. Beide Krankheiten befallen meist Kinder.

- [EU-Kommission, WHO und UNICEF: Gemeinsame Erklärung zu Fortschritten durch Impfungen](#)

OECD: Mit 23,1 % ist die stärkste Senkung der Entwicklungshilfe in ihrer Geschichte erfolgt

Im Jahr 2025 fiel die internationale Entwicklungshilfe der Mitgliedsländer und assoziierten Mitglieder des Entwicklungshilfesausschusses (DAC) der OECD real um 23,1 % auf 174,3 Mrd. USD (vorläufige Angaben). Das ist der stärkste jährliche Rückgang in der Geschichte der öffentlichen Entwicklungshilfe. Zuvor war im Jahr 2024 bereits eine Senkung um 6,1 % zu verzeichnen gewesen. Alle großen Geberländer haben ihre Hilfen gekürzt, während Spanien und sieben weitere Länder sie erhöht haben. Humanitäre Hilfe (-35,8 %), Programme für Gesundheit – insbesondere reproduktive Gesundheit – sowie für Afrika und die am wenigsten entwickelten Länder wurden überproportional gekürzt.

- [OECD: A historic decline in foreign aid: Preliminary 2025 ODA data](#) 

Kurznachricht: bezahlbarer Wohnraum

- Die EU-Kommission hat Beiträge von NextGenEU zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums in der [Broschüre „Making housing affordable in the EU“](#) vorgestellt.
- [UNICEF berichtet über fünf Jahre Europäische Garantie für Kinder fünf Ländern: Bulgarien, Kroatien, Griechenland, Italien und Rumänien](#), basierend auf einer Umfrage bei UNICEF-Mitarbeiter:innen und nationalen Koordinator:innen bzw. deren Mitarbeiter:innen

Berichte und Studien**EU-Kommission, DG EMPL: soziale Konvergenz in neun EU-Ländern**

Die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission hat zur Umsetzung des Social Convergence Framework eine Analyse der Herausforderungen im Bereich der sozialen Konvergenz in neun EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Als Teil des Europäischen Semesters zielt die Analyse darauf ab, soziale Gerechtigkeit sowie nachhaltiges und integratives Wachstum zu fördern. Die Analyse konzentriert sich auf Bulgarien, Griechenland, Spanien, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Rumänien und Finnland. Diese Mitgliedstaaten wurden im Gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2026 als Länder identifiziert, die potentiellen Risiken für die soziale Aufwärtskonvergenz ausgesetzt sind. Der Bericht hebt mehrere Herausforderungen in den Bereichen soziale Inklusion, Bildung und Qualifikationen sowie auf den Arbeitsmärkten hervor. Sechs Länder – Bulgarien, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen und Rumänien – werden insgesamt als mit Herausforderungen für die soziale Aufwärtskonvergenz konfrontierte Länder eingestuft.

- [Commission analyses social convergence in nine EU countries](#) 

UNICEF: Aufwachsen mit Kinderrechten

Vor dem Hintergrund, dass alle Kinder ein unveräußerliches Recht auf Überleben, Entwicklung und Teilhabe an der Gesellschaft haben, erfordern neue interdisziplinäre Erkenntnisse zur kindlichen Entwicklung ein aktualisiertes Verständnis der sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern sowie der Frage, wie politische Entscheidungsträger:innen, Fachkräfte, Eltern und Betreuungspersonen diese Fähigkeiten am besten respektieren und fördern können. Der Bericht stützt sich auf Erkenntnisse aus verschiedenen Fachbereichen, um einen Rahmen für das Verständnis der sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern in drei Dimensionen zu präsentieren: Entwicklung, Schutz und Emanzipation. Er enthält zudem konkrete Fragen, die politische Entscheidungsträger:innen, Fachkräfte, Eltern und Betreuungspersonen berücksichtigen sollten, wenn sie kontextspezifische Entscheidungen im Zusammenhang mit den Rechten von Kindern treffen.

- [UNICEF: Growing with Rights – Understanding and supporting the evolving capacities of the child](#) 

UNICEF: von Jugendlichen erarbeitete Roadmap zur Realisierung des Kindeswohls im digitalen Umfeld

Dieser Beitrag präsentiert sowohl die Perspektiven von Kindern – die durch direkte Befragungen erfasst wurden – als auch die Erkenntnisse von Jugendlichen – die im Rahmen eines partizipativen Zukunftsplanungsprozesses gewonnen wurden. Sowohl Kinder als auch Jugendliche äußerten große Frustration über die Illusion von Kontrolle in digitalen Räumen. Die derzeit bestehenden Systeme versagten oft dabei, sie zu schützen, zu unterstützen oder zu stärken. Auf die Frage nach ihrer Wunschzukunft stellten sich die Kinder eine digitale Welt vor, die inklusiv,

sicher und befähigend ist. Um dieser gewünschten Zukunft näherzukommen, einigten sich die Jugendlichen auf sechs Empfehlungen: 1. die digitale Bildung durch rechtsbasierte Medienkompetenz transformieren; 2. eine transparente, altersgerechte Kommunikation auf Plattformen sicherstellen; 3. durch umfassende Schutzmaßnahmen Schäden durch KI bekämpfen; 4. einen globalen Rahmen für das Wohlergehen schaffen; 5. den rechtlichen Schutz und die Durchsetzung stärken; 6. Jugendliche befähigen, gerechte Systeme mitzugestalten und den Fortschritt in dieser Richtung zu überwachen.

- [UNICEF: From Children's Voices to Action](#) 

King's College: Welche Erkenntnisse gibt es zur Social-Media-Sucht?

Am King's College London haben die Psychiaterin Nicola J. Kalk und der Statistiker Ben Carter den Stand der Erkenntnis zu der Frage zusammengetragen, ob soziale Medien süchtig machen können. Den Anlass hierzu gab das erste Gerichtsurteil zu dieser Frage (s. [AGF-EuropaNews 3/26](#)). Der kurze Literaturüberblick ist in einer der führenden medizinischen Fachzeitschriften erschienen und zeigt, welche Forschungsergebnisse für eine Suchtwirkung sozialer Medien sprechen.

- [Nicola J. Kalk und Ben Carter: What is the evidence for social media addiction?](#) 

Weltwirtschaftsforum: ein Leitfaden für effektive digitale Sicherheitsmaßnahmen

Der Bericht bietet eine Orientierungshilfe für die Entwicklung wirksamer digitaler Sicherheitsmaßnahmen zur Bekämpfung von Online-Gefahren wie sexueller Ausbeutung von Kindern, Betrug, Datenschutzverletzungen und Desinformation. Der Bericht deckt den gesamten Lebenszyklus von Interventionen ab – von der Risikoerkennung bis hin zur Konzeption, Umsetzung und Bewertung wirksamer Sicherheitsmaßnahmen. Darüber hinaus enthält er Fallstudien aus der Praxis und Beispiele für verschiedene Arten von Maßnahmen. Durch die Einhaltung der Prinzipien für „Safety by Design“ und die Einbeziehung bewährter Verfahren bietet der Bericht Unternehmen und Organisationen jeder Größe eine Orientierungshilfe, die es ihnen ermöglicht, Risiken im Zusammenhang mit digitalen Plattformen proaktiv zu bewältigen.

- [World Economic Forum: The Intervention Journey – A Roadmap to Effective Digital Safety Measures](#) 

ESPAN: vergleichender Überblick über die Situation der Langzeitpflege für ältere Menschen in Europa

Das von der EU finanzierte European Social Policy Analysis Network hat die Angebote der Langzeitpflege für ältere Menschen in 38 europäischen Ländern untersucht. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Pflegesysteme zunehmend in Richtung personenzentrierter und gemeindenaher Modelle entwickeln, dass jedoch der Zugang und die Erschwinglichkeit nach wie vor die Wahlmöglichkeiten älterer Menschen einschränken. Der Bericht bietet einen vergleichenden Überblick über verschiedene Modelle, eine kritische Bewertung dessen, wie Organisationsstruktur, Steuerung und Finanzierung die Verfügbarkeit verschiedener Pflegeangebote und den tatsächlichen Spielraum für persönliche Entscheidungen beeinflussen, sowie eine Bestandsaufnahme aktueller und laufender Reformen.

- [ESPAN: Long-term care settings for older people; An analysis covering 38 European countries](#) 

UN, EU: Akute Hungerkrisen haben zugenommen, 35,5 Millionen Kinder unterernährt

Das Globale Netzwerk gegen Nahrungsmittelkrisen (GNAFC) ist ein internationales Bündnis aus den Vereinten Nationen, der Europäischen Union sowie staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen. In seinem diesjährigen Bericht zeigt es, dass sich die Zahl der von akutem Hunger Betroffenen in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt hat, sodass 266 Millionen Menschen im Jahr 2025 unter hoher akuter Ernährungsunsicherheit gelitten haben. Zum ersten Mal seit Beginn der Berichterstattung wurde im selben Jahr in zwei Regionen (Gaza und Teilen des Sudan) eine Hungersnot bestätigt. Weltweit waren 35,5 Millionen Kinder akut unterernährt, darunter fast 10 Millionen, die an schwerer akuter Unterernährung litten. Auch der chronische Hunger nahm zu.

- [Global Network Against Food Crises: Global Report on Food Crises 2026](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
5. Mai 2026, Brüssel	High-Level Event on Housing	European Parliament's Special Committee on the Housing Crisis in the EU (HOUS) and European Commission's Housing Task Force
5. Mai 2026, online	Migration und Medien: Perspektiven aus Deutschland im internationalen Vergleich	Einstein Centers Population Diversity/Population Europe
9. Mai 2026, Brüssel	Europatag 2026	Kommission , Rat, Parlament
11. Mai 2026, Brüssel	High-level meeting of the International Coalition for the Return of Ukrainian Children	EU, Ukraine und Kanada
11. Mai 2026, Paris und online	Launch of the Longevity Readiness Tool (designed to help employers, governments, and social partners to assess how prepared they are for longer working lives)	OECD und AARP (vormals American Association of Retired Persons)
15. Mai 2026	International Day of Families 2026: Families, Inequalities And Child Wellbeing	UN
17. Mai 2026	Internationaler Tag gegen Homophobie	IDAHOBIT
28. Mai 2026, online	Energy poverty and housing in Europe – Does the EU's evolving policy framework address current needs?	Euractiv mit Unterstützung von LOCATEE
28.-30. Mai 2026, Brüssel	2026 ICCFR Conference: "Bridging Cultures, Building Families: Exploring the Dynamics of Multicultural Families"	International Commission on Couple and Family Relations
31. Mai 2026	World No Tobacco Day 2026 – Unmasking the Appeal	WHO
1. Juni 2026	Global Day of Parents	UN

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
16.-17. Juni 2026, Paphos, Zypern	Eurochild Conference 2026 on Child Protection Systems	Eurochild
16.-18. Juni 2026, Donostia/San Sebastián	3rd World Congress for Age-friendly Cities and Communities	Königreich Spanien, Autonome Gemeinschaft Baskenland und WHO
23. Juni 2026, Brüssel	Tech Policy Conference – Activating Europe's digital ecosystem	Euractiv
24. Juni 2026, online	Choosing inclusive education pathways for your child: communication and empowerment tools for parents and carers (breakfast byte webinar)	COFACE Disability Plattform
1. Oktober 2026	Daphne-CHILD High-level Conference (save the date)	Eurochild und Terre des Hommes

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Belange der Familien ein und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend